

Politik

SPD kämpft um den Erhalt der gentechnikfreien Landwirtschaft Korrekturen an Seehofers Gesetzesplänen gefordert

Jörg Michel

BERLIN. Die Koalition steht vor einer harten Auseinandersetzung um die Nutzung gentechnisch veränderter Pflanzen. Unmittelbar vor Eröffnung der Grünen Woche in Berlin machte die SPD gestern klar, dass sie die Anbaupläne von Agrarminister Horst Seehofer (CSU) nur nach erheblichen Korrekturen mittragen will. "Aus Sicht der SPD sind wesentliche Änderungen nötig, um die Zukunftsfähigkeit der gentechnikfreien Landwirtschaft und die Wahlfreiheit der Verbraucher zu sichern", sagte der stellvertretende Fraktionschef Ulrich Kelber der Berliner Zeitung. Damit ist offen, wann das geplante Gentechnikgesetz in Kraft tritt.

Die SPD befürchtet, dass die Pläne die Existenz von gentechnikfrei wirtschaftenden Bauern gefährden könnten. Beispielsweise will Seehofer einen Abstand zwischen Feldern mit genveränderten und normalen Pflanzen von 150 Meter festlegen. "Das ist zu wenig. Wir müssen mit einer großzügigen Abstandsregel verhindern, dass es zu Verunreinigungen kommt", sagte Kelber. Die SPD schlägt 300 Meter vor. Dies würde dazu führen, dass der Anbau in kleinbäuerlich geprägten Regionen kaum stattfinden könnte.

Kritisch sieht die SPD auch die Entschädigungsregeln für den Fall, dass es zu Auskreuzungen kommt. Laut Ministerium sollen Bauern nur entschädigt werden, wenn der genveränderte Anteil in einem Produkt 0,9 Prozent oder höher liegt. "Diesen Wert müssen wir senken, damit Opfer von Verunreinigungen nicht bestraft werden", forderte Kelber. Man dürfe die Risiken der Gentechnik nicht bei denjenigen Landwirten abladen, die diese gar nicht anwenden wollen. Dafür sei ein striktes Haftungsrecht notwendig.

Kelber will ferner sicher stellen, dass die Kosten für den Nachweis der Gentechnikfreiheit nicht an den Landwirten hängen bleiben. Beispielsweise müssen Biobauern diesen Status regelmäßig beweisen, damit sie das entsprechende Öko-Siegel weiter tragen dürfen.

Auch die Einschränkungen beim öffentlichen Standortregister sieht die SPD kritisch. Mit Blick auf Feldzerstörungen durch Gentechnik-Gegner will Seehofer öffentliche Informationen über die Standorte von Feldern auf die Gemarkung beschränken. Bislang sind die Äcker flurstückgenau verzeichnet. "Es ist eine Illusion zu glauben, dass man so die Standorte der Felder geheimhalten kann", sagte Kelber. Gegen Feldzerstörer müsse man polizeilich vorgehen.

Keine Einwände hat die SPD bei der Ausweitung der gentechnischen Forschung im Labor. "Da sind wir uns weitgehend einig", betonte Kelber. Seehofer will die Sicherheits- und Anwendungsforschung ausbauen und die Genehmigungsverfahren erleichtern. Bei der EU will sich die SPD dafür einsetzen, dass künftig neben genveränderten Lebensmitteln auch Saatgut und tierische Erzeugnisse gekennzeichnet werden müssen. Die SPD will es ferner Städten und Landkreisen ermöglichen, sich zu gentechnikfreien Regionen zu erklären. Dem steht bislang EU-Recht entgegen.

Berliner Zeitung, 17.01.2007

[Weitere Artikel aus dem Ressort »](#)

[Ähnliche Artikel im Archiv »](#)

[Leserbrief »](#)